

26. März 2014/bsb26

## **G9: Senator Rabe will kurzfristig Meinungsbild der Schulkonferenzen aller Gymnasien einholen**

**Keine Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg – Gespräche werden mit weniger Zeitdruck fortgesetzt**

Heute wurden die Verhandlungen zwischen SPD-Fraktion und G9-Initiative im Rathaus unter Beteiligung von Schulsenator Ties Rabe und einem Vorschlag zum weiteren Vorgehen fortgesetzt. Der Schulsenator hat in dieser Runde den konkreten Vorschlag unterbreitet, kurzfristig alle Schulkonferenzen der Gymnasien anzuschreiben und um ein grundsätzliches Meinungsbild über die Rückkehr zum neunjährigen Abitur zu bitten. Ties Rabe: "Wir wollen und können in dieser schwierigen Frage keine Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg treffen. G9 an allen Hamburger Gymnasien hätte unmittelbare und weitreichende Auswirkungen auf alle Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitungen sowie das weitere Personal der Gymnasien. Politik ist deshalb gut beraten, die Betroffenen anzuhören. Dazu wollen wir jetzt kurzfristig eine Möglichkeit schaffen, die wir im Detail noch mit der Volksinitiative weiter besprechen wollen. Die Ergebnisse dieses Meinungsbildes werden in die weiteren Gespräche einfließen und wir werden sie in unserer künftigen Politik berücksichtigen."

Einem Brief des Schulsenators mit der Bitte um Herstellung eines Meinungsbildes der Schulkonferenzen soll ein Informationspapier mit der Forderung der Volksinitiative beigelegt werden. Rabe: "Wir möchten ein ehrliches Meinungsbild aus jedem Gymnasium. Die Schulkonferenz ist das wichtigste Gremium jeder Schule und setzt sich zu gleichen Teilen aus den demokratisch gewählten Eltern-, Schüler- und Lehrervertretern zusammen. Die Schulkonferenz hat umfassende, im Schulgesetz fest verankerte Mitgestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten und muss jede Schulreform begleiten und umsetzen. Ein entsprechendes Meinungsbild soll keineswegs die Volksgesetzgebung ersetzen, aber uns schon zum jetzigen Zeitpunkt ein klares Bild geben, wie die entscheidenden schulischen Gremien eine Rückkehr zu G9 bewerten."

Darüber hinaus lädt der Schulsenator alle weiteren Interessierten und Beteiligten ein, sich mit Stellungnahmen zu melden. Rabe: "Von der Oma bis zum Elternverein: Jeder soll sich mit Hinweisen, Anregungen und Voten bei uns zu Wort melden können. Ein breites Beteiligungsverfahren ersetzt nicht die Volksgesetzgebung – es dient aber der Meinungsbildung in der Politik gemeinsam mit der Volksinitiative. Und es ermöglicht uns gemeinsam, sachgerechter konkrete Kompromissmöglichkeiten auszuloten."

Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden – und zwar unter geringem Zeitdruck. Nach Rücksprache mit dem Landeswahlamt kann die Durchführung des Volksbegehrens auch vorsorglich beantragt werden, dieser Antrag ist aber bis kurz vor Beginn des Volksbegehrens, das zwischen Sommer- und Herbstferien stattfinden soll, noch

zurücknehmbar, falls doch noch eine Einigung zustande kommt. So war es zuletzt bei der Einigung zwischen Initiative und Bürgerschaft beim Transparenzgesetz gelungen. Dressel: "Man kann die Probleme rund um das Turbo-Abi nicht in Turbo-Verhandlungen lösen. Eine Einigung unter breiter Beteiligung wäre bis Anfang April illusorisch gewesen. Es ist gut, dass wir diesen Weg nun gemeinsam weitergehen. Die Initiative behält alle Rechte für die Durchführung des Volksbegehrens."

## **Hintergrund Schulkonferenz**

Die Schulkonferenz ist das oberste Beratungs- und Beschlussgremium der schulischen Selbstverwaltung der allgemeinbildenden Schulen. Sie fördert die Zusammenarbeit zwischen Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrkräften, den sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schule. Sie berät über alle wichtigen Angelegenheiten der Schule.

Die Schulkonferenz besteht aus der Schulleiterin oder dem Schulleiter und an Schulen einschließlich der bei ihnen bestehenden Vorschulklassen

- mit bis zu 300 Schülerinnen und Schülern aus je drei,
- mit 301 bis 800 Schülerinnen und Schülern aus je vier,
- mit über 800 Schülerinnen und Schülern aus je fünf

gewählten Mitgliedern des Schülerrats, des Elternrats und der Lehrerkonferenz. Die nicht der Lehrerkonferenz angehörenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schule wählen aus ihrer Mitte ein Mitglied.

## **Rückfragen der Medien:**

### **Behörde für Schule und Berufsbildung**

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 42863 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)